

(Abgeordneter Reichner.)

(A) listische ist und dessen Mehrheit der Bevölkerung auch vom Standpunkt der allgemeinen bürgerlichen Demokratie aus sozialistisch ist, wie die Wahlen gezeigt haben, ist es ganz undenkbar, daß sich der Staat, daß sich die Staatsverwaltung etwa als Hüterin oder Schützerin kapitalistischen Profits installieren könnte. Ich halte das für ganz unmöglich, für geradezu widersinnig. Wenn wir früher gegen den Staat Stellung genommen haben als Sozialisten, so geschah das eben, weil der Staat kapitalistisch und weil seine Regierung kapitalistisch war. In dem Maße also, wie die jetzige Regierung es verstehen wird, wirklich sozialistisch zu wirtschaften, wirklich sozialistisch zu organisieren, wirklichen Sozialismus einzuführen, in dem Maße wird eine solche Regierung auch unser Vertrauen haben. Das wird sich herauszustellen haben.

Ich kann aber im Namen meiner Fraktion erklären, daß wir bereit sind, die Regierung, die solche Wege wandelt, wie ich sie angedeutet habe, mit allen unseren Kräften zu unterstützen. Geht die Regierung andere Wege, geht sie auch nur faule Kompromisse mit dem Bürgertum ein, um über die Dinge hinwegzutäuschen, um sie zu verwischen, dann werden wir in Opposition gegen eine solche Haltung treten müssen. Wir wünschen das Letztere nicht und hoffen das Erstere.

(B) Wir meinen also, wie ich am Schlusse noch kurz zusammenfassen möchte: der Sozialismus ist in der Weise durchzuführen, daß das Prinzip auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens anerkannt und, soweit es irgend möglich ist, durchgeführt wird. Auch von Sachsen aus muß das Reich in diesem Sinne beeinflusst werden. Denn wir müssen leider feststellen, daß im Reich und bei der Reichsregierung in dieser Beziehung jetzt noch außerordentlich wenig Positives zu verzeichnen ist. Wir meinen, daß eine Regierung wie die in Sachsen, und daß unter Verhältnissen, wie sie in Sachsen liegen, auch nach der Richtung hin außerordentlich viel getan, jedenfalls mit allem Ernst versucht werden muß. Die Solidarität der Arbeiterklasse halten wir für unbedingt geboten in diesem Sinne. Die Arbeiterklasse zu gemeinsamem Handeln auf diesen Boden zu bringen, das erachten wir für unsere dringendste Aufgabe.

Die Zeit der Kompromisse mit bürgerlichen Interessen, die von dem Standpunkt ausgehen, das wirtschaftliche Getriebe der früheren Zeit aufrechtzuerhalten, ist vorbei. Kompromisse würden nur zur weiteren Hinausschiebung der Entscheidung führen. Nachgeben wäre hier außerordentlich verhängnisvoll für die Arbeiterklasse. Deshalb steht unsere Partei auf dem Standpunkt: Sozialismus unter allen Umständen, Sozialismus auch dann,

(1. Abonnement.)

wenn er nur durchgeführt werden kann im schärfsten, im härtesten Kampfe gegen die bürgerlichen Klassen, gegen die bürgerliche Gesellschaft, die sich etwa den Bestrebungen der Arbeiterklasse widersetzt. Die Arbeiterklasse auf diesen Kampf vorzubereiten wird und muß eine wesentliche Aufgabe aller sozialdemokratischen Parteien sein, die es mit ihrer Aufgabe ernst nehmen.

(Beifall links.)

Präsident: Ich setze die Tagesordnung für morgen fest, und zwar:

Fortsetzung der Aussprache über die Regierungserklärung.

Die Tagesordnung, die für morgen in Aussicht genommen war, wird uns erst am nächsten Montag beschäftigen.

Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Lehnig.

Abgeordneter Lehnig: Meine Damen und Herren! Meine Parteifreunde haben Ihnen wiederholt erklärt, daß wir uns tatkräftig am Aufbau des neuen Staates beteiligen wollen, daß wir mitarbeiten wollen, um zu besseren Ergebnissen zu gelangen. Wir stellen uns dadurch auf den Boden der republikanischen Regierungsform, wir erwarten aber auch, daß eine kluge, weitblickende Regierung sich bei ihren Entschlüssen nicht nur von dem Willen der Mehrheit, der Masse, also im wahrsten Sinne von der Tagesmeinung tragen und beeinflussen läßt, weil sie sonst dem Umschwung der Meinungen, also dem steten Auf und Nieder preisgegeben ist, sondern wir erwarten, daß sie die Festigkeit und den Charakter besitzt, auch vieles als richtig Erkannte, auf die Zeiten der Zukunft Berechnete, auf folgerichtigen Aufbau Berechnete, gegen den Willen der Massen durchzusetzen.

Die Regierung und die Kammer hat häufig betont, daß sie alle wirtschaftlichen Kräfte des Landes zusammenfassen will. Wir haben alle gelernt, daß unser wichtigstes, höchstes Nationalgut der Mensch ist und seine Schaffenskraft; und deshalb liegt im Programm der Regierung einer einzigen Partei, einer Regierung der Mehrheitssozialisten, ein unheilbarer Keim der Zersetzung, weil und solange große Kreise des Volkes, eine kraftvolle, geistige, nicht materielle Oberschicht, wie hier oft gesagt wird, die sich nicht zur selben Weltanschauung bekennen können, majorisiert, ausgeschaltet werden, abseits der Beschlüsse stehen sollen. Der Kampf einer einzelnen Volksklasse, einer Partei, gegen alles Bestehende ist auch ein Kampf gegen die Naturgesetze der Menschheit, und er bleibt ein Kampf gegen alle sich in Wirt-